

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

113 (18.5.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBUNDEN

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber
angelegte und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restame-Millimeter
wie 60 Pfennig o. bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung der
Zahlungsbedingungen bei der Redaktion anberaumt ist. o. Erfüllung
er und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 3 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges
Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,50 Mark o. Diner Zulassung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,80 Mark o. Gutschrift 10 Pfennig o. Gutschrift 6 und wöchentlich
sonntags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru
he L. 2. Weidstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konto: Durlach, Haupt
straße 9; D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Kolenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 1

Nummer 113

Karlsruhe, Montag, den 18. Mai 1931

51. Jahrgang

Die Wahlen in Oldenburg

Die Wirkung der Wirtschaftskrise

Oldenburg, 18. Mai. (Funkdienst.) In einem ungewöhnlich heftigen Wahlkampf wurde am Sonntag im Kreisland Oldenburg die Wahl des Landtags durchgeführt. Sie ist im ganzen Lande ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war 5-10 Prozent geringer als bei der Reichstagswahl im September. Das Ergebnis der Wahl stellt sich im Lande Oldenburg und den beiden Landesteilen Birkenfeld und Lüneburg ziffernmäßig wie folgt:

Sozialdemokraten 57 536, Reichstagswahlen 1930: 65 847, Landtagswahlen 1928: 66 643, Mandate 11 (15), Staatspartei 8983 (13 607), (24 746), 1 Mandat (5), Nationalsozialisten 101 490 (76 210), (17 444), Mandate 19 (3), Kommunisten: 19 389 (13 965), (8380), Mandate 3 (1), Volkspartei: 5796 (13 424), Deutschnationale: 13 529 (14 206), Wirtschaftspartei 4500 (10 027), (11 747), Mandate 0 (2), Landvolk: 5427 (12 749), (19 432), Mandate 1 (4), Christlicher Volksdienst: 3006 (3065), Mandate 0 (0), Zentrum 46 245 (47 729), (39 670), Mandate 9 (9), Christliche in Birkenfeld: 5194, 1 Mandat.

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß Nationalsozialisten und Kommunisten im Verhältnis zur Reichstagswahl noch einen Stimmenzuwachs erzielten. In allen größeren Städten, wie Oldenburg, Delmenhorst, Rastatt und Müritzenau hat die Sozialdemokratie die im September erzielten Stimmenverluste wieder ganz oder zum Teil aufgeholt. In Rastatt gewann sie zum Beispiel 1700 Stimmen zurück und behielt damit die in dieser Stadt bisher inne gehabte absolute Mehrheit gegenüber allen bürgerlichen Stimmen.

17. Mai. Bei den heutigen Wahlen für den oldenburgischen Landtag wurden im Landesteil Lüneburg: Sozialdemokraten 8283 (bei der letzten Reichstagswahl 9756), Zentrum 294 (398), Deutschnationale 1427 (1566), Kommunisten 1871 (1724), Deutsche Volkspartei 861 (2016), Nationalsozialisten 9656 (7559), Wirtschaftspartei 114 (478), Deutsche Staatspartei 431 (1200), Christliche 161 (138). Die Wahlbeteiligung betrug 88 Prozent.

17. Mai. Bei den heutigen Wahlen für den oldenburgischen Landtag wurden im Landesteil Birkenfeld: Sozialdemokraten 23 587 gültige Stimmen abgegeben, das sind 66 Prozent gegenüber 70 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen vom 14. September 1930. — auf die Sozialdemokraten 3719 (5006 bzw. 5365), Zentrum 3498 (3278 bzw. 3739), Nationalsozialisten 8092 (8089 bzw. 5945), Landesvolk (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christliche, Bauernpartei und Konfessionale) 5194 (15 193 bzw. 17 118), Kommunisten 2303 (637 bzw. 1853), Volkspartei 336 (2011 bzw. 127), Christliche 221 (keine Vergleichszahl), Unabhängige Sozialdemokraten 22 (keine Vergleichszahl).

Was vorauszusehen war, ist eingetroffen: die beiden extremen Parteien, die Nazis und Kozis, haben unter der Wirkung der allgemeinen Wirtschaftskrise in Oldenburg geteilt an Stimmen zugenommen. Wir haben am vergangenen Mittwoch in einem Artikel im Volksfreund, der den Wahlkampf in Oldenburg behandelte, das nunmehr vorliegende Wahlergebnis angedeutet. Für die Sozialdemokratie ist es außerordentlich erfreulich, daß in den beiden Industriestädten Rastatt und Delmenhorst sie sich nicht nur sehr gut behauptet, sondern gegenüber den Gemeindevahlen im November vorigen Jahres eine Zunahme der Stimmen zu verzeichnen hat. Die industrielle Arbeiterschaft steht somit zur Sozialdemokratie. Anders liegen die Dinge auf dem flachen Lande. Wir haben in unserer Betrachtung vom vorigen Mittwoch auf die katastrophale Lage gerade der Landwirtschaft in Oldenburg hingewiesen. Der kleine Bauer erhält für seine Arbeit, für die Mühe und die Plage das Jahr hindurch keinen existenzfähigen Preis. Trotzdem die Preise für Fleisch, Milch, Eier, Butter usw. für den Konsumenten hoch sind, der Landwirt erhält einen Erzeugerpreis, der kaum noch die Herstellungskosten deckt. Es ist deshalb gar kein Wunder, wenn die ehemals fortschrittlich und freisinnig gestimmten Bauern Oldenburgs in starkem Maße sich politisch extremen Parteien zuwenden. Das wird ihnen zwar nichts nützen, aber die starke Zunahme der rechts- und linksradikalen Stimmen auf dem flachen Lande ist ein Beweis für die Verzweiflungssituation gerade der kleinen und mittleren Landwirte. Wie überall im Reich ist auch gestern in Oldenburg itak in Erscheinung getreten, daß, abgesehen vom Zentrum, das wiederum seinen Bestzustand gut behauptet hat, die bürgerlichen Mittelparteien durch die Nazis dezimiert werden.

Die gestrige Landtagswahl in Oldenburg ist von den Parteien mit einem Aufwand an Rednern und Geld betrieben

worden, der ziemlich heillos dastehen dürfte. Die Nationalsozialisten haben von ihren 107 Reichstagsabgeordneten 60 bis 70 in den letzten beiden Wochen im Lande Oldenburg auftreten lassen; auch die bürgerlichen Mittelparteien haben alles aufgeboten, was irgendwie in ihrer Kraft und ihrer Macht lag. Umso erstaunlicher ist es, daß die Wahlbeteiligung nicht die Höhe erreichte, die vorher allgemein angenommen worden ist. Die gestrigen Wahlen in Oldenburg beweisen erneut die Tatsache, daß die Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Folgen die Stimmung des Volkes in stärkstem Maße beeinflusst. Aber die Oldenburgischen Wahlen von gestern bekräftigen auch die Tatsache, daß die Sozialdemokratie trotz Wirtschaftskatastrophe und trotz der für die Partei in hohem Maße ungünstigen innerpolitischen Situation, in der Arbeiterschaft nicht zu erschüttern ist, ebenso auch, daß das Zentrum sich durchweg zu behaupten vermag. Die bürgerlichen Mittelparteien zerbrechen. Sie sind, wie die Wahlen in den letzten zwei Jahren gleichmäßig beweisen, dem Ansturm der Nationalsozialisten in keiner Weise gewachsen. Daraus ergeben sich für die Zukunft für jeden Politiker entsprechende Aufgabenstellungen.

Liedesgaben an Großagrarien

Die medienburgische Reichsregierung hat nunmehr die Betriebsmittelkredite an die medienburgischen Landwirte in Höhe von 400 000 RM. zur Verfügung gestellt. Aber wie? Von den 400 000 Reichsmark sind allein dem Großgrundbesitz nicht weniger als

Zweiter Lohnabbau untragbar

Ein richtiges und wichtiges Wort des Reichsarbeitsministers

Dieser Tage fand eine Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften über die besonderen Schwierigkeiten der Arbeitsmarktlage in Sachsen statt. Die Besprechung, an der auch der sächsische Arbeitsminister teilnahm, steht in Zusammenhang mit dem Versuch der Unternehmer, für Sachsen einen besonders scharfen Lohnabbau von oben her genehmigt zu bekommen. Der Reichsarbeitsminister erklärte nach 3/4stündigen Verhandlungen, daß weder er noch der Reichsminister der sächsischen Unternehmern irgendwelche Zusagen für einen besonderen Abbau der sächsischen Löhne gemacht habe. Wenn die Unternehmer etwas derartiges behaupteten, so entspräche eine solche Behauptung nicht den Tatsachen. Er, der Reichsarbeitsminister, halte eine zweite allgemeine Lohnabbauwelle aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar. Ob in einzelnen Industrien und Bezirken auf Grund besonders ungünstiger Verhältnisse noch eine weitere Lohnsenkung nötig sei, müsse von Fall zu Fall in Einzelverhandlungen geprüft werden. Ein allgemeiner Abbau der sächsischen Löhne komme für ihn nicht in Frage.

Dieser Stellungnahme des Reichsarbeitsministers kommt gerade in diesem Augenblick besondere Bedeutung zu. Der Reichsarbeitsminister erklärt, er sei gegen eine zweite allgemeine Lohnabbauwelle. Das ist ein Wort, und die Arbeiterschaft wird dem Reichsarbeitsminister beim Wort nehmen. Sie wird dazu sehr bald Gelegenheit haben; denn das Unternehmertum zeigt sich in der Lohnfrage völlig verbohrt und verstockt. Die volkswirtschaftliche Pleite der bisherigen großen Lohnabbauaktion steht einwandfrei fest und wird auch von niemand mehr geleugnet. Trotzdem verlangt die Unternehmerpresse, daß das verhängnisvolle Experiment, das uns noch tiefer in den Arbeitslosenumpf hinunterzuführen ließe, wiederholt wird. Das ist denn doch etwas zu happig. Der deutsche Arbeiter ist geduldi wie ein Lamm. Er weiß, daß jeht, wo wir die „herzlichen Zeiten“, denen uns der Kaiser entgegenzuführen versprach, ausbaden müssen, seine großen Sprünge gemacht werden können und jeder eifrige Löhler zurückstehen muß. Aber sein Schmachtriemen läßt sich beim besten Willen nicht mehr enger schnüren. Auch der Reichsarbeitsminister weiß das. Er meint, für einzelne Bezirke oder einzelne Industrien könne unter Umständen noch eine Lohnsenkung in Frage kommen. Wenn nur nicht die Unternehmer aus dieser Hintertür eine Bresche für einen neuen Lohnabbauvorstoß machen!

Da ist der große Gehaltskonflikt der Angestellten der Schwerindustrie an der Ruhr. Ist er so ein Einzelfall, in dem ein neuer Abbau — und was für einer! — zugestanden werden soll? Schon betonen die Angestelltenorgane, daß ihr scharfer Protest gegen den mit den Stimmen der Arbeitgeber gefällten Gehaltsabbauabschiedspruch, von dem 30 000 Angestellte direkt und weitere 10 000 indirekt betroffen werden, allem Anschein nach im Reichsarbeitsministerium ungehört verhallt. Uns dünkt, der „Weberfall an der Ruhr“, wie der freie Angestellte, das Organ des JdV, den Schiedspruch charakterisiert, alles andere als eine nur lokale Angelegenheit ist. Seine Verbindlichkeitsklärung wäre eine Sanktionierung der Un-

337 000 RM. zur Verfügung gestellt worden. Der medienburgische Bauernverein wird gegen diese Begünstigung des Großgrundbesitzes bei der medienburgischen Regierung entschiedene Vorstellungen erheben.

Ob die Bauern daraus wohl lernen, wie sie sich selbst schaden, wenn sie die nationalsozialistische Reaktion unterstützen.

Drei französische Flugzeuge in Schweinfurt gelandet

Wie der Montag aus Schweinfurt meldet, landeten auf dem dortigen Flugplatz drei große französische Jagdflugzeuge, nachdem sie vorher in einer Höhe von 2000 Meter einige Kreise über der Stadt gezogen hatten. Die modern ausgerüsteten Maschinen, die die Hobbeseichen Frankreichs tragen, waren mit je zwei Maschinengewehren ausgerüstet. Den einen Apparat führte ein Marineleutnant, die beiden anderen wurden von Offizieren der Luftwaffe geführt. Nach ihren Angaben haben sie die Orientierung verloren und sich verfahren. Der Vorfall wurde sofort der Regierung sowie den französischen Militär- und Konsularbehörden zur Kenntnis gebracht, vor allem aber der Flugpolizei Nürnberg, die einen Major und einige Beamte nach Schweinfurt entsandte. Die französischen Piloten wurden in ein Hotel als Schutzhäftlinge unter Aufsicht von Kriminalbeamten gebracht. Die Flugzeuge stehen unter polizeilicher Bewachung. Die vorgefundenen Karten und die Dienstbücher wurden beschlagnahmt.

Jesuiten verlassen Spanien

Madrid, 18. Mai. (Funkdienst.) Die Madrider Liberalen melden, daß sämtliche Jesuiten mit Ausnahme der Inassen eines in der Nähe der französischen Grenze gelegenen Klosters Spanien verlassen haben. Am Samstag nachmittag und abends tagte das Nationalkomitee der Sozialistischen Partei. Es wurde die Aufrechterhaltung der Koalition mit den bürgerlichen Republikanern beschlossen und der Amtsführung dreier sozialistischer Minister zugestimmt.

ternehmerforderung, daß die Lohn- und Gehaltsätze um mindestens 20 Prozent gekürzt werden sollen. Bei dem Kampf der Nordwest-Angestellten gegen eine Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs, der vom JdV. bis hinüber zum DVB. die Häufte ballen ließ, muß sich in Kürze zeigen, ob von dem Wort des Reichsarbeitsministers gegen einen neuen allgemeinen Lohnabbau das Wort gilt: Ein Mann — ein Wort. So wie bisher kann es nicht weitergehen.

ADB. gegen weiteren Gehaltsabbau

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat am Mittwoch nach einem Referat des Reichsstaatsabgeordneten Dr. Koller einstimmig eine Entschließung zur Gehaltsabbaufrage angenommen. Sie lautet: Der von der Reichsregierung eingeleitete allgemeine Abbau der Löhne und Gehälter hat nicht zu der erhofften Belebung der Wirtschaft geführt. Er konnte nicht dazu führen, da er durch Verringerung der Massenkaufkraft die Beschäftigtenlosigkeit der Industrie und der übrigen Wirtschaftszweige weiter vergrößern mußte. Der Bundesauschuss hält sich daher für verpflichtet, die Reichsregierung auf das eindringlichste vor der Durchführung einer neuen Kürzung der Beamteneinkünfte zu warnen. Er lehnt einen solchen weiteren Abbau der Beamteneinkünfte ab. Die Beamten der unteren und mittleren Gruppen, die heute schon vielfach in Not und Schulden geraten sind, können eine weitere Verschlechterung ihres Lebensstandards nicht ertragen, zumal auf der anderen Seite wichtige Lebensmittel bereits wieder im Preise steigen und insbesondere die Wohnungsmieten schon jetzt von diesen Beamtengruppen kaum noch bestritten werden können. Sinsu kommt, daß die völlig ungerechte und unsoziale Form des gegenwärtigen beschleunigten Gehaltsabbaus gerade die am schlechtesten gestellten Beamten am schwersten belastet.

Der Bundesauschuss weist die Angriffe auf die Beamtenschaft, die neuerdings wieder von einem Teile der Öffentlichkeit in völlig verständnisloser Weise erhoben werden und die mehr und mehr zu einer wahren Beamteneinwanderung, auf das Schärfste zurück und bedauert, daß die Reichsregierung diesen Freiheiten nicht entschieden entgegentritt. Die Beamtenschaft gewinnt dadurch den Eindruck, daß die maßgebenden Stellen diese mit unzulässigen Mitteln ersetzte öffentliche Stimmung zur Rechtfertigung für eine weitere Verabredung der Lebenshaltung der Beamtenschaft benützt. Die Beamtenschaft, die in den vergangenen Jahren zahlreiche Opfer bringen mußte, verwahrt sich gegen eine solche Behandlung, die nicht geeignet ist, das Vertrauen zwischen ihr und den leitenden Stellen im Staate zu befestigen.

Der Bundesauschuss betont nochmals die vom ADB. und seinen Verbänden stets vertretene Auffassung, daß die Beamtenschaft das größte Interesse an einer geordneten Finanzwirtschaft in den öffentlichen Körperschaften hat. Die Beamtenschaft kann aber erwarten, daß die notwendige Sanierung nicht fortgesetzt in erster Linie auf Kosten der Beamteneinkünfte als dem Punkte des schwächsten Widerstandes durchgeführt, sondern daß dort gespart wird, wo in der heutigen Notzeit Ausgaben unterbleiben können, und daß die Mittel zur Hebung der gegenwärtigen Krise durch gerechte Verteilung unter Veranschlagung aller, insbesondere der tragfähigen Schichten ausgedrückt werden.

Der Bundesauschuss bringt ferner zum Ausdruck, daß der ADB. und seine Verbände den Kampf um eine Senkung der überaus langen Dienstjahren und Arbeitszeiten im Reichsbahnbetriebe und in den übrigen Verwaltungen und Betrieben nachdrücklich unterstützen. Bei dem heutigen Stande der Arbeitslosigkeit acht es nicht länger an, daß auf der einen Seite ein Teil des Personals übermäßig beansprucht wird, während auf der anderen Seite Kurzarbeit und Feterlichkeitsarbeiten eingeführt werden.

Zusammenprall in Genf

Vorspiel zum Kampf über die Zollunion

Genf, 16. Mai. Die Samstagssitzung des Europa-Ausschusses brachte einen scharfen Zusammenstoß zwischen Curtius und Briand in der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion, wobei hervortrat, daß Frankreich in dieser Frage keinen scharf ablehnenden Standpunkt beibehalten will.

Briand als Vorsitzender des Ausschusses begrüßte zunächst die zu der Sitzung erschienenen europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes, nämlich die Vertreter von Sowjetrußland, der Türkei und Island, sowie die Vertreter der gestern eingeladenen Freien Stadt Danzig und sprach die Überzeugung aus, daß alle hier vertretenen Staaten aufrichtig und loyal zusammenarbeiten werden, um eine bessere Zukunft Europas zu schaffen.

Briand eröffnete sodann die allgemeine Aussprache über Wirtschaftsfragen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

Es wird immer notwendig sein, sich über die Hauptursachen der Krise, insbesondere in ihren europäischen Erscheinungsformen, klar zu werden, insbesondere über die Reproduktion an Lebensmitteln und Rohstoffen, den Rückgang der Konsumkraft, die Steigerung der Kaufkraft des Goldes und die Störung der Kapital- und Geldmärkte sowie vor allem den Zerfall Europas in eine Anzahl von kleinen Wirtschaftsgebieten. Kein Land ist gleichseitig so an der Sanierung des gesamten europäischen Körpers beteiligt wie Deutschland, das in der Mitte des Kontinents von allen Strömungen Europas durchzogen ist und von allen Strömungen am leichtesten betroffen wird. Wir lassen unsere letzte Kraft im Innern zusammen, um uns soweit wie möglich selbst zu sanieren. Es kommt mir im Augenblick nicht darauf an, über den

deutsch-österreichischen Plan einer Zollunion

zwischen diesen beiden Ländern speziell zu sprechen. Ich möchte Betrachtungen darüber anregen, ob und in welchem Maße der Gedanke von Zollunionen zwischen einzelnen Ländern oder Gruppen von einzelnen Ländern geianet ist, den unhaltbaren Wirtschaftsverhältnissen in Europa abzuhelfen. Aus dieser Erwägung heraus ist der Antrag der deutschen Regierung hervorgegangen, hier einmal die gegenwärtige Lage Europas, wie sie durch die bestehenden Zollverhältnisse und durch den Mißerfolg der bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete entstanden ist, zu prüfen. Dr. Curtius legte

die unzureichenden Zollverhältnisse in Europa

anhand beweiskräftigen Tatsachenmaterials dar und ging sodann ausführlich auf den geringen Erfolg der bisherigen, unter den Auspizien des Völkerbundes veranstalteten Wirtschaftskonferenzen ein. Er betonte, daß gerade in der Frage des internationalen Güterausstausches und hauptsächlich bei Zollfragen die mehrseitigen Verhandlungen immer wieder gescheitert sind. Deshalb sei es notwendig, daß unter den heutigen Verhältnissen die Methode des Aufbaus von unten her

durch regionale Verständigung

durch zweifelhafte Verhandlungen beginne. Diese zweite Methode, die natürlich von vornherein die Tendenz für Verallgemeinerung in sich tragen müsse, führe zweifellos zur Zollunion. Der Gedanke regionaler Verständigung und der Plan der Zollunion habe in den letzten Jahren wachsende Bedeutung erlangt. Dr. Curtius verwies auf die Bemühungen Australiens und Letlands, Jugoslawiens und Rumaniens. Auch auf dem Gebiete der früheren Donaumonarchie sei immer wieder davon die Rede gewesen, und nicht die Einkullosisten arbeiteten seit Jahr und Tag an dem großen Plan, zwischen Deutschland und Frankreich eine Zollunion mit der Tendenz weiterer Ausdehnung zu schaffen. Dr. Curtius erklärte sich bei dieser Gelegenheit

bereit, mit jedem Lande, sei es groß oder klein, gleichfalls in einen Gedankenanstausch über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten

und machte dabei keinen Unterschied in der Richtung, ob Verhandlungen zu zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen würden. Er sprach schließlich die dringende Bitte aus, diese Aufforderung ernst zu prüfen. Er betonte außerdem, daß er bereit wäre, an allen Vorschlägen und Anregungen mitzuarbeiten, die zur Wiedergewinnung Deutschlands und Europas beizutragen geeignet wären.

Briand

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Rede von Dr. Curtius angehört und darin viele treffende Bemerkungen gefunden, denen ich mich vollkommen anschließe. Dr. Curtius habe eine Methode dargelegt, um aus der gegenwärtigen Notlage herauszukommen. Nach seiner, Briands, Auffassung sei

die Zollfrage nicht die Ursache, sondern vielmehr eine der Wirkungen

der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Wenn man zunächst einzelne Funktionen anstrebe, die Dr. Curtius befürworte, so könne man das nur tun, wenn man bereits die Hoffnung auf eine allgemeine Einigung aufgegeben habe. Aber, sollen wir diese Hoffnung aufgeben, ehe wir den Versuch einer Einigung gemacht haben? Kann man denn sagen, daß dieser Versuch bereits gemacht worden ist? Vielleicht ist das bisherige Ziel zu weit und zu hoch gesetzt gewesen. Briand erinnerte daran, daß Frankreich seinen

Widerstand gegen das deutsch-österreichische Zollprojekt bereits deutlich zu erkennen gegeben habe, und erklärte, daß er seine Haltung nicht ändern werde. Briand schloß: In diesem Punkte kann ich zu meinen Bedauern

mit Dr. Curtius nicht einverstanden

sein. Ich bin bereit, alle Systeme zuzulassen, aber diejenigen, die durch die Verträge und die internationalen Abkommen nicht erlaubt sind, wird man besser nicht vorschlagen.

Dr. Curtius erwiderte sofort, daß er in seiner heutigen Rede die deutsch-österreichische Zollunion nur erwähnt habe, um zu sagen, daß er von ihr in diesem Rahmen nicht sprechen wolle. Am Montag werde im Völkerbundsrat Gelegenheit sein, diese Frage zu erörtern, bei der Deutschland auf dem Standpunkt stehe, daß es sich im Rahmen der Verträge gehalten habe.

Der italienische Außenminister Grandi legt den Standpunkt seiner Regierung dar und kritisierte den französischen Gegenorschlag in der Frage des Zollunionplanes. Internationale Industrie- und Landwirtschaftskartelle halte seine Regierung nicht für das geeignete Mittel zur Lösung der Wirtschaftskrise. Die Lösung der europäischen Krise liege nicht in einer Formel, sondern in einer Verständigung der Staaten im allgemeinen und der Interessenten untereinander.

Der französische Unterstaatssekretär Poncet erläuterte hierauf den sogenannten Wirtschaftsplan der französischen Regierung.

Dr. Schober

untertreich namens Oesterreichs dessen ernste Absicht, sich durch eine regionale Aktion in den europäischen Rahmen einzufügen. Oesterreich sei gegenwärtig im Begriff, mit mehreren Nachbarstaaten über Verträge zu verhandeln, die durch Kredit- und Transferleichterungen den gegenseitigen Verkehr fördern wollen. Oesterreich werde aber auch mit dem besten Willen an jedem Vorschlag einer anderen Regierung mitarbeiten. Oesterreich könne allerdings nicht mehr warten; es müsse auf positiven Verhandlungen bestehen. Das sind mir unterem Wolfe schuldig.

Der Europa-Ausschuss vertagte sich nach der Rede Dr. Schobers auf Montag.



Links: Reichsaußenminister Dr. Curtius, der als Präsident die Sitzung des Völkerbundes leitete.



Rechts: Der französische Unterstaatssekretär Poncet, Briands vermurtheter Nachfolger, nimmt als neuer Vertreter Frankreichs an den Völkerbundsverhandlungen in Genf teil.

Der französische Gegenorschlag

Der „Wirtschaftsaufbauplan“ der französischen Regierung, der jetzt im Wortlaut und im Auszug veröffentlicht wurde, untertreicht die Auffassung, daß das deutsch-österreichische Zollunionprotokoll, das den üblichen gewissen internationalen Verpflichtungen widerspreche, nicht geianet sei, weder den Beteiligten noch Europa die Vorteile zu bringen, die die Urheber des Planes erwarten, und die französische Regierung sich daher veranlaßt, in Genf einen Konstruktionsplan vorzulegen, der die Möglichkeit desgleichen und praktischer Lösungen für die dringlichsten Probleme enthält.

Der Plan umfaßt vier Punkte:

1. Abzug der Getreide-Heberische der Zentral- und osteuropäischen Länder mit Hilfe eines Präferenzsystems, mit dem sich Frankreich nunmehr im Gegenzug zu seiner früheren Haltung „vollständig einverstanden“ erklärt.

2. Auf Schaffung von Absatzmärkten für die Industrielande, die in der Hauptsache durch den Abschluß neuer internationaler Kartelle herbeigeführt werden sollen. Diese Kartelle sollten die Konkurrenz abbrechen und sich auf Kohlen, Gas, Textilien, Getreide, Mais, Wals, Zucker usw. beziehen. Dadurch glaubt der französische Gegenorschlag eine teilweise Herabsetzung der Zollmauern erreichen zu können. Ebenso soll eine Verständigung über eine rationellere Organisation der Erzeugung auf internationalen Boden erfolgen.

3. Auf Maßnahmen zur Behebung des Kapitalmangels. Frankreich will dabei mit Hilfe seiner Banken zur Finanzierung des landwirtschaftlichen Absatzes bei der Ausgabe großer Staatsanleihen beitragen und möchte einem Sonderorgan des Völkerbundes oder dem Finanzausschuss die Aufsicht und Heberwachung eines europäischen Hilfsprogramms übertragen. Im übrigen verweist der französische Plan darauf, daß die französische Regierung alles daran lege, um den internationalen Charakter des Pariser Kapitalmarktes zu verstärken.

4. In dem Teil des Planes, der sich mit der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs befaßt, wird festgestellt, daß diejenigen Staaten, denen gegenüber Oesterreich sich jederzeit verpflichtet hätte, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren, auch die Pflicht hätten, zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Um Oesterreich eine wirksame Hilfe zu gewähren, erwäge man



Oben links: Grandi-Italien, oben rechts: Schober-Oesterreich. Unten links: Briand-Frankreich, unten rechts: Henderson-England.

den Gedanken von besonderen Handelsvorteilen zugunsten Oesterreichs. Die Hauptfunden dieses Landes würden ohne Ausnahme aufgehoben, durch eine gemeinsame Abmachung Oesterreich Erleichterungen zur Entlastung seines Absatzmarktes zu gewähren.

Des weitern betont das französische Memorandum: Es sei nicht daran zu zweifeln, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs durch das Zollabkommen zu mindern gefährdet wäre. Mit der im Jahre 1919 für unzureichend erklärten Unabhängigkeit sei insbesondere auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit gemeint. Die Kündigungsklausel des Zollprotokolls sei nicht ernstlich gemollt und schwer durchführbar. Das deutsch-österreichische Zollabkommen würde eine Sonderbehandlung Deutschlands darstellen und ihre damit im Widerspruch von 1922 von Oesterreich übernommenen Verpflichtungen. Es sei zu befürchten, daß so enge wirtschaftliche Bande die Bildung politischer Bindungen erleichtern und vorbereiten würde. Das gemeinsame Geich der Mitglieder des Völkerbundes ist ihre Unterwerfung unter die Verpflichtungen der Verträge. Die Unterzeichner des Protokolls vom 19. März 1931 hätten sich damit einverstanden erklärt, daß der Rat der Schiedsrichter über die Unabhängigkeit Oesterreichs sei. Es ist also Sache des Rates, zu unteruchen, ob das deutsch-österreichische Protokoll diese Unabhängigkeit gefährdet.

Deutsche Stellungnahme zum französischen Gegenorschlag

Genf, 17. Mai. Zu dem Memorandum, das die französische Regierung durch den Generalsekretär des Völkerbundes dem Völkerbundsrat unterbreitet hat, erfährt das NZZ aus Kreisen der deutschen Delegation, daß man dort von den Argumenten der französischen Denkschrift nicht überrast ist. Sie können den Standpunkt der deutschen und der österreichischen Regierung in keiner Weise erschüttern. Was die wirtschaftlichen Argumente betrifft, so ist es bisher allgemein durchaus unbekannt, daß die Zollunion eine anerkannte Voraussetzung der Wirtschaftsbegünstigung bildet. Auf eine Stärkung des inneren Marktes ist Oesterreich umso mehr angewiesen, als sein Handel nach den Donaustaaten vor allem wegen ihrer fortschreitenden Industrialisierung und deren damit begründete Zollpolitik zurückgeht. Ob schließlich die Zollunion zu Störungen im europäischen Handelsvertragsystem führt, hängt lediglich davon ab, ob ihre Vertragspartner ihre Handelspolitik allein von politischen Motiven bestimmen lassen wollen.

Was geschieht in Rumänien?

Die Königlich-Deutsche Zeitung veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer unter der Ueberschrift „Rumänien unter französischem Druck“ ein Telegramm ihres Bukarester Berichterstatters, in dem ausgeführt wird, daß mehr denn je auf Bukarest ein französischer Druck lastet, der eine Wirtschaftsnäherung zwischen Rumänien und Deutschland hintertreiben soll. Briand habe Rumänien eine Reihe wirtschaftlicher Vorschläge unterbreitet, die alle den Zweck hätten, Rumänien von dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsblock loszureißen.

NZZ. Janiert österreichische Kreditanstalt

Genf, 16. Mai. Das Kontrollkomitee der Garantiebanken für die österreichische Wiederaufbauanleihe vom Jahre 1922 hat wiederum mit den Delegierten der österreichischen Regierung den Vorschlag der Gewährung von 150 Millionen an Sähahrschein, die zur Sanierung der Kreditanstalt notwendig annehmen ist, beprochen. Das Komitee hat sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt. Es bereitet eine ankündigende Entscheidung mit bestimmten Modalitäten betreffend Beteiligung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich vor.

Freistaat Baden

Landwirtschaftsbank und Staat

Staatsbürgerschaft braucht nicht in Anspruch genommen zu werden

Auf der Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank teilte Bankdirektor Kundel mit, daß die vom badischen Staat übernommene Bürgerschaft in Höhe von 900 000 M. die Fusionsverluste decken helfen sollte, nicht in Anspruch genommen werden braucht und daß der Kredit darüber zurückgezahlt worden ist.

Die Badische Landwirtschaftsbank hat den Bericht über das 31. Geschäftsjahr 1930 herausgegeben. Darin wird festgestellt, daß die Fuktion der Badischen Landwirtschaftsbank Karlsruhe und der Badischen Bauernbank Freiburg sich gut ausgenutzt und der Geschäftsbetrieb durch die Zusammenfassung an Umfang bedeutend vergrößert hat. Der Stand der Sparanlagen ist von 939.449 000 M.— auf 939.524 000 M. (um 7500 000) und derjenige der Einlagen auf laufende Rechnung von 939.520 000 auf 6 200 000 939. M. (um 1 000 000) gestiegen. Es wird folgende Vermögenslage vorgeföhrt: 10 Prozent zum Reservefonds — 939.26 900, 10 Prozent Betriebsrücklage — 939.26 900, 6 Prozent Dividende auf Geschäftsanteile 939.211 940.

Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden hielt in Konstanz seine Tagung ab. Präsident Keidel wies dabei auf den im verfloffenen Jahre zu verzeichnenden Erlös der geschlossenen Zusammenwirkens der badischen genossenschaftlichen Landwirte hin und erklärte, daß die badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften durchaus gesund, innerlich und äußerlich geistig beständen. Die für die Landwirtschaft wichtigste Frage sei bei der Harzkrise nur auf genossenschaftlichem Wege zu lösen. Das Hauptaugenmerk richtete der Verband auf die Heranbildung des tüchtigen genossenschaftlichen Führernachwuchses. Ministerialrat Dr. Jung überbrachte die Grüße des badischen Staatspräsidenten und der badischen Regierung. Auch er untertreicht den hohen Wert des genossenschaftlichen Zusammenstufes.

Bei der Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft erstattete Direktor Wlger den Geschäftsbericht für 1930. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung wurden einstimmig genehmigt, Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt und folgende Verwendung des Reingewinns von 200 493 M. beschlossen. 100 247 M. (50 Prozent) werden dem Reservefonds zugewiesen, 50 123 M. (25 Prozent) kommen zur Betriebsrücklage. Zur Verteilung gelangen 7 Prozent Dividende mit einem Gesamtbetrag von 46 200 M. 3925 M. werden auf neue Rechnung vorgezogen.

Aus dem Badischen Landtag. Wie wir erfahren, wird das Spargautachten dem Landtag vor seiner Vertagung Ende nächster Woche nicht mehr zugehen. Es soll nach seiner Fertigstellung den Fraktionen ausgelieft werden, damit diese bis zur Herbsttagung ausreichend Zeit zur Bearbeitung und Stellungnahme finden. Mitte September soll der Landtag wieder zusammen-treten, und dann in Verbindung mit dem Spargautachten eine allgemeine politische Aussprache erfolgen.

Zum Vorbereitungsdienst der Schulamtsbewerber wird im Amtsblatt mitgeteilt: Nach § 1 der Bekanntmachung über den Vorbereitungsdienst der Schulamtsbewerber vom 11. März 1929 (Amtsblatt Seite 45) haben die Schulamtsbewerber nach erfolgreicher Abgangsprüfung einen einjährigen Vorbereitungsdienst abzuleisten. Der Vorbereitungsdienst für alle Bewerber, welche die Abgangsprüfung für den Volksschuldienst auf Grund des Gesetzes über die Anwerbung des Schulpersonals vom 7. Juni 1910 bisher abgelegt haben, beginnt am Montag, den 18. Juni 1931.

Der Wiener Bankkrach

Kotshilds Ende

Der Zwang zur Sozialisierung.

Unter mit großen Konzernzusammenbrüchen gesegnete Zeit ist um einen Bankkrach zeternd. Das Besondere an diesem Fall ist, daß die Öffentlichkeit erst davon erfuhr, als die Sanierung bereits durchgeführt war.

Die Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien hat, wie wir bereits fura mitgeteilt, Verluste erlitten, die das Aktienkapital bedeutend überschritten. Dieses Unternehmen ist nicht nur die größte Bank Oesterreichs, sondern ist zugleich noch das wichtigste Bankunternehmen für die Nachfolgestaaten, dessen sich die Regierungen der ganzen Welt bei großen Kreditaktionen stets bedienen. Sollte nicht der oesterreichische Staat so schnell und so erfolgreich eingegriffen, der Zusammenbruch weitestgehend der oesterreichischen Wirtschaft, der Verlust jeden Fremden im Ausland wäre unermesslich gewesen.

Kotshild geht — der Staat kommt!

Das ist mehr als ein Schematismus. Wenn der Privatkapitalismus die Existenz der Gesamtwirtschaft in Gefahr gebracht hat, dann bleibt die Hilfe der vielen Mächten „öffentlicher Hand“ als letzte Rettung. Was aber ist geschehen? Die Oesterreichische Kreditanstalt hat nach im Vorjahre eine Dividende von 8,5 Proz. (nach 10 Proz.) auf ihr Kapital von 125 Millionen Schilling (ein Schilling = 59 Pfg.) verteilt. Nach nur wenigen Tagen wurde die Meldung verbreitet, man könne mit einer Dividende von 3 Proz. für das Geschäftsjahr 1930 rechnen — das überhörende tatsächliche Ergebnis aber lautet: 140 Millionen Schilling Verlust!

Beachtet wurde die Kreditanstalt von der Wiener Familie Kotshild, ihr Präsident war Louis Kotshild. Diese Familie wird so zum Symbol, wenn man bedenkt, daß die Wiener Kreditanstalt die Bank Kotshilds ist. Im den Namen Kotshild steht der Nimbus des unermesslichen Reichtums. In Wien, Paris und London, früher auch in Frankfurt a. M., waren die Kotshilds die führenden Finanzmächte. Die Herrlichkeit geht zu Ende. In Paris und London haben schon seit längerer Zeit die Kotshilds nicht mehr allein im Vordergrund, und nun trat sie auch in Wien das Schicksal. Die Bank ist an einem Duzend europäischer Banken und Finanzierungsanstalten beteiligt; sie besitzt Aktienportefolios von etwa 80 Industrie- und Handelsunternehmen, von denen fast die Hälfte im Ausland — hauptsächlich in den Nachfolgestaaten — ihren Sitz haben.

Wie konnte es überhaupt zum Zusammenbruch kommen? Zweifellos hatte die bisherige Verwaltung den Ueberblick über ihr rasch ausgedehntes Geschäft bis zu einem gewissen Grade verloren. Dazu kamen die Auswirkungen der Weltkrise. Schließlich ist die oesterreichische Volkswirtschaft seit den Friedensverträgen von ihrem wirtschaftlichen Hinterland, von ihren natürlichen Ablagegebieten abgetrennt, in der heutigen Isoliertheit („Selbständigkeit“) einlach nicht lebensfähig.

Die Sanierung ist in drei Tagen durchgeführt worden:

Der Staat beteiligt sich mit 100 Millionen Schilling Kotshild und die Nationalbank (staatl.) mit je 20 Millionen Schilling. Das sind also neue Mittel in Höhe von 140 Millionen. Das alte Kapital wird um 25 Proz., d. h. also von 125 auf 94 Millionen Schilling herabgesenkt, wodurch 31 Millionen frei werden; die Reserven von 40 Millionen wurden aufgelöst und von den neuen Mitteln werden 60 Millionen zur Tilgung des Verlustes verwendet. Für den anderen Teil der neuen Mittel (94 Millionen) werden neue Vorzugsaktien ausgegeben, so daß das ganze Kapital der Kreditanstalt sich nach der Sanierung auf 185 Millionen beläuft. Damit wird

Der oesterreichische Staat Garantist

der Kreditanstalt. Die nötigen Mittel sollen durch Ausgabe langfristiger Staatsanleihen aufgebracht werden. Die Annahme eines entsprechenden Ermächtigungsgesetzes durch den Nationalrat ist erfolgt.

Mit dem Erwerb der Aktienmehrheit an der Kreditanstalt wird auch die Leitung und die Kontrolle der Bank auf den Staat übergeben. Da die Kreditanstalt mit ihren großen Aktienportefolios nahezu zwei Drittel der oesterreichischen Industrie beherrscht, geminnt der Staat mit einem Schloge auch die Kontrolle über den größten Teil der Industrie.

Das ist also eine überraschende „tatte“ Sozialisierung

Merkwürdig hat die Regierung vorläufig die Abficht, die Aktienmehrheit der Kreditanstalt und damit die Kontrolle über die Industrie nur „vorübergehend“ zu behalten. Man wird es ihr auch nicht verdenken können, wenn sie abwartet, ob aus diesem Geschäft, das unter so dramatischen Umständen zustande kam, nicht neue Verluste erwachsen.

Mit Recht erklärt Friedrich Austerlitz im Anschluß an die durch den oesterreichischen Staat vorgenommene Sanierung:

Die Kreditanstalt ist heute in Oesterreich die eigentliche Industriebank. Der übernehmende Teil der oesterreichischen Industrie wird von ihr genährt, wenn auch, wie überall, auch hier Bankkredit eine kostspielige Nahrung ist. Und nun erweist sich dieser Träger des Privatkapitalismus als moribund, bricht zusammen und an seine Stelle muß der Staat treten; das ist in Wahrheit die Ablösung des Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus. Diejenigen, die noch immer meinen, diese Weltreise sei nur ein „Wissensfall“ und der Privatwirtschaft, der kapitalistischen Ordnung werde es gegeben sein, sie zu überwinden und sich, wie in der Wirklichkeit so in den Vorstellungen der Menschen, zu behaupten, sie haben aus diesem Bankzusammenbruch, der ein Zusammenbruch des Bankkapitalismus ist, zu entnehmen, daß die Krankheit, die die Wirtschaft der gesamten Welt heftigen hat, eine Erkrankung des Organismus geworden ist — aus der er nicht mehr heil herauskommen wird. Dem Kapitalismus als dem herrschenden und beherrschenden System des Wirtschaftens der Welt fänden bereits die Totenlöhne.



Das Gebäude der Kreditanstalt in Wien, die mit der Oesterreichischen Kreditanstalt fusionierte, und die Millionenverluste verursachte. Im Kreis: Baron Louis Kotshild, der Präsident der Bank.

Gewerkschaftliches

Der Lohnstreit in der Rheinschiffahrt

* Duisburg-Samborn. Der Arbeitgeberverband für die Rheinschiffahrt teilt mit: Der am 11. Mai von dem Schlichter für Westfalen gefällte Schiedsspruch im Lohn- und Gehaltsstreit der Rheinschiffahrt, der für das Maschinenpersonal überhaupt keine Senkung, für das übrige Personal eine solche von 4 bis 5 Prozent auf die Dauer eines Jahres vorsah, ist von den beteiligten Arbeitgeberverbänden der Rheinschiffahrt abgelehnt worden. Die Ablehnung begründen die 83 Arbeitgeberverbände damit, daß bei der von Tag zu Tag schlechter werdenden Lage der deutschen Rheinschiffahrt eine stärkere Senkung der Löhne unumgänglich notwendig sei und der Schiedsspruch keine wesentliche Entlastung bringe, zumal auch in dem früher ergangenen Schiedsspruch über den Rahmentarifvertrag nur eine kleine Erleichterung gebracht wurde. Die Arbeitnehmer haben zu dem Schiedsspruch noch nicht Stellung genommen.

Die Tarif- und Lohnbewegung im Baugewerbe

ist abgeschlossen. Die Dreistufigkeit der Arbeitgeber, denen die Entscheidung der zentralen Schiedsstelle, die einen Lohnabbau umfassen 7 und 12 Prozent vorsah, noch nicht genügte, hatte überall im Land eine scharfe Abwehrbewegung der Bauarbeiter hervorgerufen. Obwohl die Situation für sie denkbar unünstig war, verlief der Abwehrkampf nicht ohne Erfolge. Wie der Grundstein, das Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes in seiner neuesten Nummer feststellt, wurden die Schiedssprüche der zentralen Schiedsstellen zum Teil verbessert, zum mindesten jedoch zum Geleit erhoben. Auch die Lohn- und Preissteigerung der Bauarbeiter ist in fast allen Bezirken des letzten Jahres der Bauarbeitergewerkschaften in betrieblicher Weise bekämpft worden.

Der gesamte Kampf, als Ganzes gesehen, hat nach der Aufzählung des Grundstein mit einem leidlich guten Erfolg für die Bauarbeiter abgeschlossen. Wenn mancher Bauarbeiter diese Feststellung nur mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet, so sei das verständlich, allein man müsse beachten, daß in Kriegsjahren die Macht der Gewerkschaften gehemmt sei, was die Unternehmer vielfach weit eher befallen als die Arbeiter. Rund 75 Prozent der Arbeitslosen im Baugewerbe, fast durchgängig im Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeübert, vielfach dem Hunger und der Not hemmungslos ausgeliefert und dazu keine nennenswerte Aussicht auf Verbesserung der Bauaufkunft — das alles bedeute, nüchtern betrachtet, für das Bauunternehmertum ein großes Plus. Im übrigen habe die Sache gegen die verhassten „hohen“ Bauarbeiterlöhne ihre Wirkung getan und als Drittes schloge bei den Lohn- und Tarifkämpfen für die Bauarbeiter nachteilig zu Buch die unheilvolle organisierte Zerstückelung der Bauarbeiterkraft. Das Kräftezentrum der Bauarbeiter — die 650 000 in ihren zentralen Verbänden organisierten — sei außer dem Unternehmertum und der gesamten Reaktion auch noch im Rücken von der kommunistischen KPD und dem sogenannten Industrieverband für das Baugewerbe angegriffen worden. Verschiedene Splitterorganisationen bolschewistischer Couleur hätten reichlich mitgeholfen. Nachträglich hätten sich die feindseligen Brüder im bolschewistischen Lager gegenseitig ihre Unfähigkeit und Fallhöhe vorgeworfen. Die Bauarbeiter können aus allem dem, wenn sie nüchtern denken, nur die eine Lehre ziehen: Stärkung des Bauarbeiterbundes!

KGO-Pleite

Bei den Betriebsräteahlen haben sich in diesem Jahr die Tadfeinde der Gewerkschaften Schluppe auf Schluppe geholt. Die Betriebsräte mit den Reklamierern haben auf Granit geblieben. Hier ein neuer Beweis: die Wahlen der Fabrikarbeiter. Von den „ältesten Siegen“ der Kommunisten, von irgendwelchen Erfolgen der Nationalsozialisten ist absolut nichts zu entdecken. Im Verlauf der Wahlen brachten die Zeitungen der Nazis und der KGO-Neue wiederholt Meldungen, die glauben machen sollten, daß sich die Arbeiterbewegung dem freien Gewerkschaften abgeben. Der Fabrikarbeiterverband kann demgegenüber jetzt folgendes vorläufiges Charakteristisches Ergebnis feststellen:

Bis Ende März dieses Jahres bestanden nach der im Jahre 1930 aufgenommenen Statistik in 6228 Betrieben Betriebsräte und Oberräte; bei diesen 6228 Betrieben mit Betriebsvertretungen hat die KGO es nur in 101 Betrieben zu eigenen Listen gebracht, und dabei handelt es sich in der Mehrzahl auch noch um kleinere Betriebe. In diesen Betrieben haben die freien Gewerkschaften 552 Betriebsräte- und 619 Arbeiterratsmitglieder erhalten. In 21 Betrieben, die im Vorjahre KGO-Listen hatten, ist es in diesem Jahr nicht mehr zur Aufstellung solcher Listen gekommen. Die Arbeiter werden bereits kurziert. Eine schwache kommunistische Mehrheit im Arbeiter- rat besteht nur in 23 Betrieben. In zwei Betrieben hatte die KGO nicht einmal genügend Kandidaten; die Reststimmen fielen der freigewerkschaftlichen Liste zu.

Nach erbärmlicher erging es den Nazis und ihren Brüdern, den Stahlhelmern. Ihre Erfolge sind kaum nennenswert. Nur in 24 Betrieben haben sie insgesamt 40 Betriebsvertretungsmitglieder erhalten.

Zimmer noch Entlassungen

In den Opelwerken wurde in den letzten Tagen schon wieder eine größere Anzahl von Arbeitern entlassen. Darunter befinden sich Leute, welche erst einige Wochen im Betrieb tätig sind. Wie man hört, sollen bis zu 1100 Mann zur Entlassung kommen.

Das Schicksal der elßässischen Kaligruben

Strasbourg i. E., 15. Mai. Der Landwirtschaftskommission des französischen Senats ist ein Gehektentwurf vorgelegt worden, der das Besitzverhältnis der Kaligruben im Elßaß endgültig regeln soll. Der Entwurf kommt zu folgenden Forderungen: 1. Die Domänialkaligruben des Elßaß unter das Regime der Aktiengesellschaften zu stellen. 2. Das Kapital der Gesellschaft in Höhe von 208 Millionen Franken zu 61 Prozent an den Staat, 12 Prozent an die drei Departements Oberrheiß, Unterelßaß und Lothringen, 7 Prozent den Privatkapitalgebern und 20 Prozent an die Landwirtschaftsbeamten und Departements, welche den Wunsch äußern, zu verteilen, in dem Verhältnis zwei Drittel für die Landwirtschaftskammern und ein Drittel für die Departements.

Aus der Stadt Durlach

Junioszialisten, heute, Montag, 20 Uhr, im Heim Arbeitsgemeinschaft. Leiterin Genossin Storz, Karlsruhe. Gäste willkommen.

Verkehrslokale der organisierten Arbeiterkraft. Unsere Partei, Gewerkschafts- und Sangesellschaften, die zu Ringen über auch im Laufe des Sommers bei Ausflügen am Durlach berühren, wollen folgendes zu Notiz nehmen: Das Parteilokal ist die „Folkhalle“, wo auch der Sangesbund „Vormärts“ sein Lokal hat. Das Verkehrslokal der Gewerkschaften ist im „Darmstädter Hof“. Der Männergesangsverein hat sein Lokal im „Roten Löwen“. Außerdem liegt in zahlreichen Wirtschaften der Volksfreund auf. Es dürfte sich für unsere Genossen sehr empfehlen, sich bei ihren Einkäufen jeweils danach zu erkundigen, ob unter Parteiorgan aufsteht.

Schweinemarkt vom 16. Mai. Der Markt war befahren mit 85 Zäuferschweinen, 220 Ferkeln. Verkauf wurden 60 bzw. 190. Preis per Paar 42—48 M., bzw. 22—32 M.

Aus aller Welt

Fallschirmabspung aus 7400 Meter Höhe

Die Kunstfliegerin Lolo Schütz hat bei einem Flugtag in Leipzig-Mockau mit ihrem 19. Fallschirmabspung aus 7400 Meter Höhe ihre eigene Welthöchstleistung für Frauen um 2800 Meter, die sie im Jahre 1929 aufgestellt hat, überboten. Der Abspung verlief planmäßig.

Kampf zwischen Polizei und Geisteskranken

Die Frau eines 46 Jahre alten Berliner Maurers Kok rief den Schutz der Polizei an, da ihr Mann sie und ihre fünf Kinder mit einem Messer bedrohte und die Familie umbringen wollte. Als die Polizeibeamten gemäß dem in das Zimmer eindringen, in dem sich Kok eingeschlossen hatte, stand dieser mit einem Schlägelwedge und einem Seitengewehr auf die Beamten hindlings ein. Schließlich gelang es, den Lebenden durch einen Schuß kampfunfähig zu machen. Bei dem Handgemenge wurden auch zwei Beamte schwer verletzt.

Kommunistischer Ueberfall auf einen Gesangsverein

Wien, 18. Mai. In Lichtenau bei Schwiebus in der Mark wurde in der Nacht zum Sonntag ein Gesangsverein in einem Lokal am Marktplatz sein Stützpunkt. Pöbellich erschienen, wie die Montagspost meldet, fura vor Mitternacht mehrere Autos, die voll mit Kommunisten waren. In wenigen Augenblicken bildete der sonst so stille Marktplatz das Bild eines wüsten Getümmels.

Volkswirtschaft

Schieles gefährliche Zollpolitik

Der Reichsverband des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels, der zusammen mit den ihm korporativ angeschlossenen Verbänden etwa 2000 Großhandelsfirmen seines Wirtschaftszweiges umfaßt, hielt in Karlsruhe seinen Verbandstag und seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. In den Mittelpunkt der Beratungen hatte der Reichsverband Prof. Dr. Franz Oppenheimer und der Handelspolitiker gestellt, zu denen der Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, Prof. Brandt, einen Vortrag hielt. In seinem Referat führte Prof. Brandt unter anderem aus, daß die jetzt einschlägigen Agrarpolitik für die Landwirtschaft und die gesamte deutsche Wirtschaft verhängnisvoll sei. Die Agrarpolitik habe die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse herabgesetzt, die innerhalb weniger Jahre eine viel hoffnungsvollere Situation befehen würde, als sie heute, lokal auf die kleine Zahl der Großbetriebe im Elben bezieht, vorliegt. Man dürfe sich dann nicht wundern, wenn eine ungesättigte Milliarden erfordernde Weltbilie aufwache. Die demutlich abgeschaffene Abgabe der Landwirtschaft vom Export verzugs habe heute eine Verdrängung der deutschen Bevölkerung mit ca. 3—4 Millionen RR.

meis. Die Kommunisten machten einen furchtbaren Lärm, griffen Steine auf und schlugen damit fast sämtliche Fensterheben der am Marktplatz gelegenen Häuser ein. Dann türmten sie ein Freisorgegeld und demolierten die Auslagen.

Schweres Flugzeugunglück in Schweden

Stockholm, 17. Mai. Ein Militärflugzeug stürzte gestern vormittag in Bälteros aus geringer Höhe ab und zerfiel auf dem Hof der Flugzeugwerkstätten. Von den drei Insassen waren zwei sofort tot, der dritte wurde lebensgefährlich verletzt.

Eisenbahnunglück bei Essen

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich in der Nähe des Bahnhofs Essen-Nord. Ein Rangierlokomotive wurde von einem ausfallenden Güterzuge in einer Weiche am Brückenkopf so stark gestreift, daß die Lokomotive die Rangiermaße aus den Schienen hob und über das Gelände auf der Bahreiste stürzte. Der Fahrer und der Lokomotivführer wurden dabei so schwer verletzt, daß sie bald nach dem Unglücksfall starben. Ein Kind, das auf dem Bürgersteig spielte, trug schwere Brandverletzungen davon.

Der Manschnower Nord aufgefährt

In der Nacht zum Donnerstag wurde in Manschnow bei Rührin der Amtsgerichtlicher Schiene von einem Einbrecher erschossen. Als Mörder ist jetzt in einem Kino in Berlin der 27 Jahre alte Kemers aus dem Dorf Kemis bei Rührin festgenommen worden.

Don Gläubigerverammlung der Deutschen Ausversicherung fand in Stuttgart statt, zu der auch Angestellte des Unternehmens erschienen waren. Kennzeichnend für die Betriebsführung waren die Mittelungen des Betriebsratsmitgliedern, wonach ein Direktor nicht nur 48 000 Mark Gehalt, sondern daneben auch noch Vertrauensposten und 2 Prozent von der Höhe der eingehenden Prämien beträge oder Versicherungsprämien erhielt. Bei seinem Ausscheiden erhielt er eine Verabfindung von 140 000 Mark. Ein später befehter Vertreter dieses Herrn erhielt die Hälfte der Prämien seines Vorgängers und eine Jahresvergütung von 1 Prozent der letzten Geschäftsjahre 15 000 Mark Lantien verteilt. Auf der anderen Seite aber wurden die Angestellten unter Tarif bezahlt und sind jetzt ganz besonders über daran. Die Wollins betragen 7,96 Millionen, denen 1,17 Millionen Kriva gegenüberstehen. Die Lebenshaltung der Genossenschaft beträgt also 6,79 Millionen Mark, ist mithin so hoch, daß aus dem Markte nicht einmal die bevorstehenden Forderungen der Angestellten befriedigt werden können.

Inkrafttreten der landwirtschaftlichen Einheitssteuer

Der Reichsminister der Finanzen hat die in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 vorzesehene landwirtschaftliche Einheitssteuer bereits für das Rechnungsjahr 1931 in Kraft gesetzt. Infolgedessen ändern sich die Einkommenssteuererzeugnisse der Landwirte mit Wirkung vom 15. Mai ds. Js. ab.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Ede Kriegs- und Vorstraße wurde ein Radfahrer von einem Personkraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Er trug außer verschiedenen leichten Verletzungen eine Gehirnerschütterung davon, die ärztliche Hilfe erforderte. Der Kraftfahrer, der nach dem Unfall schleunigst davonfuhr, konnte noch nicht ermittelt werden.

Am gestrigen Sonntag ereigneten sich außerdem 10 leichtere Verkehrsunfälle, die zum großen Teil darauf zurückzuführen sind, daß einzelne Wegedemmer es unterließen, die Aenderungen ihrer bisher verfolgten Fahrtrichtung rechtzeitig anzudeuten.

Fahrrad Diebstähle

Von bis jetzt noch unbekanntem Tätern wurden gestern drei Fahrräder entwendet. Zwei Fahrräder, deren Eigentümer nicht bekannt sind, wurden als gefunden bei der Polizei abgegeben.

Einbruch

In der Nacht zum Sonntag wurde in der Hofstadt ein Verkaufsbüchsen erbrochen und daraus Genussmittel im Wert von etwa 150 M entwendet. Der Täter, der beim Erscheinen eines Nachtwächters flüchtig ging, ist noch nicht ermittelt.

Küppurt

Parteiversammlung. In der am 14. Mai im „Jäger Löwe“ abgehaltenen Parteiversammlung hatte sich der Gen. Rau als Redner zur Verfügung gestellt. Er behandelte das Thema: „Führt der Weg über die Genossenschaft zum Sozialismus?“ Der Redner vertrat es in ausgereicherter Weise, ein Bild von der Entwicklung der Genossenschaften und ihrer Entwicklung zu geben. Leider ist die Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Organisationen noch nicht soweit, daß sie vom Privatkapitalismus völlig unabhängig sind. Diese Unabhängigkeit zu erreichen, ist aber nächstes Ziel der genossenschaftlichen Bewegungen. Ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller auf loslösender Basis fundierten Genossenschaften vom Privatkapitalismus erreicht, so ist der Hauptweg zur allgemeinen Sozialisierung beschritten und der Sieg des Sozialismus ist nicht mehr fern. Ein von der Werbeabteilung der Volksfront hergestellter Film unterstützte die Ausführungen des Redners und verteilte sie. Den Abschluß der Veranstaltung bildeten herrliche Naturaufnahmen, die wie leider nur im Film, und nicht an Ort und Stelle selbst genossen konnten.

Gemeindepolitik

Bürgermeisterwahl in Grünwettersbach

Bei der Bürgermeisterwahl in Grünwettersbach wurde Genosse Altbürgermeister Lehmann mit 535 von 761 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, Gemeinderat Kraus, brachte es auf 184 und Gemeinderat Fricke auf 42 Stimmen. Wahlberechtigt waren 838.

Wir begrüßwünschen dem verdienten Bürgermeister zu seiner Wiederwahl!

Aus dem Gerichtssaal

Der Zusammenbruch der Heidelberger Wohnungsbau GmbH.

Heidelberg, 13. Mai. Für Ende Juni dürfte mit dem Prozeßbeginn in Sachen des Zusammenbruchs der Heidelberger Wohnungsbau G.m.b.H. zu rechnen sein. Die Anklagefrist ist bereits verfallen und umfaßt über 60 Seiten. Die Anklage richtet sich gegen den Rechtsanwalt Ludwig Müller, der am Gesellschaftskapital mit 70 Prozent beteiligt war, ferner gegen den zweiten Geschäftsführer Alfred Goldschmidt (der erste Geschäftsführer und Direktor Paul Müller ist nach der Schweiz geflüchtet) und lautet auf Untreue, Betrug und eine Reihe Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz. Der Fall ereigte im September vor. J., als die Verhaftung der beiden Erkenntenen bekannt wurde, großes Aufsehen. Die Wohnungsbau G.m.b.H. hatte damals ihre Zahlungen einstellen müssen. Es ergab sich, daß das Institut der Armenfürsorge in Soest um etwa 2 Millionen Mark geschädigt worden war. Ueber die Wohnungsbau G.m.b.H. wurde dann der Konkurs verhängt und beim Prüfungstermin wurde eine Unterbilanz von über 1,8 Millionen Mark festgestellt. Der Verlust der Schuldscheine entstand aus einem Bauvertrag mit der Wohnungsbau G.m.b.H. über die Errichtung eines Krankenhauses in Ludwigsstadt, das im Juni 1930 in Betrieb genommen wurde und auf 4,8 Millionen Mark zu stehen kam, während der Bauaufwand ursprünglich auf 2,5 Millionen Mark veranschlagt worden war. Ludwig Müller ließ sich von dem Prior der Speyerer Schwestern Krankenkasse von 1,8 Mill. Mark unterschreiben, verwandte diese aber unerlaubterweise dazu, hierdurch flüssig gewordenen Gelder in zweifelhafte Unternehmungen und ausschließliche Gründungen zu stecken. Die Wohnungsbau G.m.b.H. wurde im Juni 1928 mit 20 000 Mark Gesellschaftskapital gegründet, woran Ludwig Müller mit 14 000 Mark beteiligt war. Die von ihm vorgelegte Kassenquittung über 10 000 Mark Anschaffung soll nun aber gefälscht sein.

Man hatte Millionenobjekte im Auge, die auf einer günstig ungelassenen Basis standen. Dazu gehörten angebliche Verhandlungen mit der Türkei über Hafenbauten in Höhe von 8 Millionen Mark. Ein Krankenhausbau in Riga, die Absicht, auf den Wäldern bei Ziegelhausen einige hundert Häuser zu erstellen, und die Vergabe von 654 000 Mark an die Babocomo-Amsterdam zu spekulativen Zwecken. Diese 654 000 Mark sind verloren. Ein Rittergutsbesitzer in der Nähe Mündens erhielt für eine zweifelhafte Prognose 250 000 Mark. Mindestens 230 000 Mark haben als verloren zu gelten. In eine Filmgebäude (Remo-Film G.m.b.H.-Berlin) hatte Müller 7 000 Mark in bar und 45 000 Mark in Gestalt eines von der Wohnungsbau G.m.b.H. ausgestellten, von den Armenfürsorgeschwestern akzeptierten Wechsels eingeschlagen. Auch dieses Geld ist verloren. Ebenso fallierte die im Jahre 1928 in Berlin gegründete Allgem. Gemeinnützige Wohnungsbau- und Mietergenossenschaft, deren einzige Gläubigerin die Heidelberger Wohnungsbau G.m.b.H. war. Vom Konkursverwalter wurde festgestellt, daß bereits Ende 1928 eine Unterbilanz von über 140 000 Mark vorhanden war. Es hätte also schon damals der Konkurs angemeldet werden müssen. Zum Prüfungstermin wurden 3 188 551 Mark Forderungen einschließlich der bevorrechtigten angemeldet. Die Zahlungsmittelverhältnisse begannen, als der Prior der Armenfürsorgeschwestern mißtrauisch geworden war und seine Wechsel mehr unterschrieb. Die Unterschreibung der Blankowechsel war nur durch falsche hochtrabende Vorprognosen erreicht worden.

Kleine badische Chronik

Das rasende Motorrad

Gutsch, Amt Wollsch, 15. Mai. In der gefährlichen Kurve bei der Hornsgrinde fiel gestern Abend nach 9 Uhr der 23 Jahre alte Zimmermann Christian Baumann von hier mit einem Lastwagen aus Karlsruhe zusammen und blieb mit einem schweren Schädelbruch liegen, wo er hoffnungslos darniederlag. Nach der Art der Verletzung zu schließen, ist Baumann in der Kurve mit seinem Motorrad auf den Anhängerwagen des Lastautos aufzufahren.

Durch Starkstrom getötet

Waldbirch, 16. Mai. Gestern Abend war der 71 Jahre alte Hauerbauer Fritz Kaltenbach damit beschäftigt, ein Gerüst zur Ausbesserung des Daches anzurichten. Dabei kam er mit einer Gerüststange an die elektrische Licht- und Kraftanlage und wurde durch einen elektrischen Schlag von der Leiter zu Boden geschleudert, wo er tot liegen blieb.

Von der Laderampe gefügt und getötet

Freiburg i. Br., 16. Mai. Auf dem Gelände des Güterbahnhofes Freiburg wurde heute Morgen gegen 6 Uhr bei der großen Laderampe der Straßenbahninspektor Seidinger aus Emmendingen tot aufgefunden. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß Seidinger der verunglückte auf dem Gelände des Güterbahnhofes zu tun hatte, von der Laderampe herabgestürzt ist und mit einem Loch in der Schläfe tot liegen blieb.

300 Sprengkapseln gestohlen

Ettlingen, 16. Mai. Ein Aufsehen erregender Diebstahl ist gestern in einem hiesigen Steinbruch verübt worden. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei haben mehrere Täter 300 Sprengkapseln entwendet und fortgeschleppt. Sogleich nach Bekanntwerden der Tat wurde die Karlsruhe' er Polizei verständigt, um die notwendigen Ermittlungen anzunehmen. Eine große Zahl von Beamten sind seit gestern unterbrochen bemüht, den Diebstahl aufzuklären. Es haben auch bereits einige Hausdurchsuchungen stattgefunden, ohne daß diese allerdings von Erfolge begleitet waren. Das entwendete Sprengmaterial genügt, um unübersehbares Unheil anzurichten. Inged welche positiven Verdachtsmomente liegen im Augenblick noch nicht vor.

Unterrombach, 17. Mai (Eig. Meld.). Der ledige Landwirt Johann Müller wurde im Walde erhängt aufgefunden. Müller hat ein Alter von 69 Jahren erreicht. Er war ein fleißiger und in der Gemeinde allgemein geachteter und beliebter Bürger. Die Ursache zu der unglücklichen Tat soll in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Heidelberg. In gestohlenen Zustand sprang in der Hauptstraße ein Kräulein vom zweiten Stock auf die Straße. Die Verunglückte wurde in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus verbracht.

Heidelberg. Zu einer schweren Schlägerei kam es Freitag Abend im hiesigen Pfaffengrund zwischen zwei Anwohnern. Ein zu Hilfe gerufener Polizeibeamter, der mit dem Mörder bedroht wurde, ließ sich gezwungen zur Schußwaffe zu greifen. Er feuerte ab und verletzte einen Mann, der an der Schlägerei beteiligt war, lebensgefährlich. Der Verletzte namens Reibel mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Kirchardt. Bei einem Raufhändel zweier Burken griff der eine zum Messer und verletzte seinen Gegner durch einen Stich in den Rücken. Da der Stoß durch die Kleider aufgefangen wurde, war die Wunde glücklicherweise nicht erheblich.

Kuppen (Neckar). Bei Aufbaumungsarbeiten in seiner Scheune fiel der in Talheim wohnende Badischhammer Albert Rager so unglücklich herab, daß er mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht werden mußte, wo er kurz darauf starb.

Schweigen. Hier werden seit einiger Zeit erfolgreiche Versuche mit elektrischer Spargelbänzung unternommen. Elektrische Ströme werden in das Erdreich geführt, um durch Erwärmung des Bodens und der Pflanzen zu beschleunigen und anzuregen. Auch zur Schädlingsbekämpfung soll der elektrische Strom für die Spargelbänzung bereits erfolgreich angewendet worden sein.

Eppingen. Die Dampfseilerei der Gebrüder Gern wurde durch Großfeuer bis auf das Büro und den Maschinenraum vollkommen eingeeicht und dadurch ein Schaden verursacht, der in die Tausende geht. Leider sind die Besitzer nicht voll versichert und durch die jetzt ihnen aufgemungene Arbeitslosigkeit doppelt geschädigt. Die Entschädigung des Brandes ist noch nicht geklärt, teilweise wird Brandstiftung angenommen. Bei der Befämpfung des Brandes leistete die Freiwill. Feuerwehr Hervorragendes, doch kam ihr zu gut, daß das Werk ziemlich isoliert gelegen ist.

Waldbrunn. Am Himmelstortstag fuhr ein mit zwei Personen besetztes Motorrad von Adelsheim am hiesigen Bahnhof auf die geschlossenen Schranken auf, so daß die beiden Fahrer stürzten und im hiesigen Krankenhaus verbunden werden mußten.

Waldbrunn. Große Aufregung verursachte in unserer Gemeinde die Nachricht, daß der hier tätige Postagent Schmidt in einem Unfall von geistiger Ummachung bei Einsheim in die Eisenbahn gestürzt und auch ertrunken war. Schmidt, der ein Alter von nur 58 Jahren erreichte, war im Krieg durch einen Kopfschuß verletzt worden und litt seit dieser Zeit an Anfällen, die sein Bewußtsein trübten.

Waldbrunn. Hier wurde ein Mann in Schutzhaft genommen, der vor einigen Tagen eine Erbschaft von einigen tausend Mark gemacht hatte und darüber offenbar aus dem Konzept geraten ist. Er warf sein Geld auf der Straße herum und auch in ein Senfloch, öffnete dieses dann und holte den Eimer mit samt seinem Geld heraus.

Konstanz. Die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten wird in dem neuen Wohnquartier der Elsäßer Straße weitere 24 Wohnungen in der Größe von je 2 1/2 Zimmer erstellen. Das Bauvorhaben wird von der Stadt in der üblichen Weise gefördert.

Konstanz. Im Arbeitsamtsbezirk Konstanz sind am 12. Mai 2546 männliche und 418 weibliche Arbeitslose unterstellt worden; davon entfallen gemäß 994 auf die Stadt Konstanz. Zu den Arbeitslosen zählen des Amtesbezirks kommen noch 982 unterstellte Kurzarbeiter. Gegenüber der Vorwoche sind es 130 Ganzarbeitslose mehr als in der Vorwoche, gegenüber dem Vorjahr sind es 1667 mehr; in Konstanz allein sind es 69 mehr. Die Arbeitslosigkeit nimmt also, nachdem nur wenige Wochen eine Abnahme zu verzeichnen war, jetzt schon wieder zu.

Termine für die Obstbaumprüfung. Die Hauptstelle für Pflanzenzüchtung am Badischen Weinbauinstitut gibt folgenden bekannt: Die Apfelbäume sind sogleich nach der Beendigung der Blüte zu prüfen; die Sortierung wird nach zwei bis drei Wochen wiederholt. Diese zwei Nachprüfungen sind die wichtigsten Maßnahmen zur Erzielung sauberer und gesunder Früchte; sie sollten überall dort

durchgeführt werden, wo auf gute Qualität des Obstes Wert gelegt wird. Etwa zu gleicher Zeit ist die zweite Nachblüteprüfung bei Pfäfen, Zwetschen und Mirabellen vorzunehmen (gegen bis zwölf Tage nach der ersten Nachblüteprüfung). Mit ihr bekämpft man die Pflanzenkrankheiten und schützt das Laub der Bäume vor Schädlichkeitsanfängen, Spinnmilben und Käufen. Nähere Anweisung über die zu verwendenden Spritzröhren erteilt die Hauptstelle für Pflanzenzüchtung am Badischen Weinbauinstitut, Freiburg i. Br.

Gesundheitsschädliche prototypische Scherartikel. Prototypische Scherartikel, die unter Bezeichnungen wie Raubauflagen, Spanische Feuerwerk und dergleichen in den Verkehr kommen, enthalten zur Erreichung einer größeren Empfindlichkeit gegen Schlag, Reibung und sonstige Art der Entzündung erhebliche Mengen weissen oder gelben Phosphors. Diese Arten von Phosphor sind starke Gifte. Wegen der gesundheitlichen Gefahren muß daher dringend davor gewarnt werden, Feuerwerk der genannten Art Kindern zugänglich zu machen.

Verbandsstag der badischen Glasermeister. Die Delegierten aus ganz Baden trafen sich am Sonntag in Mannheim zur 13. Verbandstagung der badischen Glasermeister. Glaser-Obermeister Ferdinand Lang Karlsruhe eröffnete den Verbandstag, zu dem 244 Delegierte und viele Gäste erschienen waren. Nach Erledigung der Regularien, Genehmigung des Kassens- und Geschäftsberichts, eines Sonderbeschlusses Dr. Bierzath-Berlin in längerer Ausführungen auf die Beziehungen zwischen der heutigen Wirtschaftskrise und dem Handwerk ein. Die feuerliche Belastung drücke das Handwerk außerordentlich nieder, fast 64 Prozent der Handwerker verfeuern heute ein Einkommen, das unter 1500 M jährlich liegt. Der Redner forderte gerechte Steuererleichterung, eine ehrliche und sparsame Verwaltung, sowie Aufrechterhaltung der Individualwirtschaft. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde Abschaffung der Gebäudesteuer gefordert. Zum nächsten Tagungsort wurde Freiburg i. Br. gewählt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Angenommen wurde auch ein Antrag der Glasermeister Heidelberg, der fordert, daß Vergütungen nur durch Glasermeister, nicht durch Schreiner oder Schlosser durchzuführen werden dürfen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Gestern nachmittag ist von Nordwesten Kaltluft in unser Gebiet eingedrungen und hat Abkühlung und in einigen Orten Regenschauer verursacht. Zu Gewitterbildungen ist es nicht gekommen. Von Westen her naht ein neues Tief, dessen Vorderseite uns Aufhellung bringt. Bis morgen ist daher wieder mit Erwärmung zu rechnen. Der allgemeine Witterungscharakter ist veränderlich. Voraussichtliche Witterung für Dienstag, 19. Mai: Zeitweise heiter, trocken, wärmer bei südlichen Winden.

Wasserstand des Rheins

Basel 137, Waldshut 332, Schutterinsel 208, Rehl 330, Nagau 504, Mannheim 421 Zentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Hauptversammlung im „Elefanten“

Mittwoch, 20. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Zum Elefanten“, Kaiserstraße 42

Hauptversammlung.

Tagesordnung: „Gemeinliche Selbstverwaltung oder Diktatur“. Referent: Gen. Stadtrat Fr. Lippert.

Die Genossinnen und Genossen werden um zahlreiches und pünktliches Besuch ersucht, denn die Vorträge auf dem Rathaus anläßlich der Boranschlagsberatung sind dazu anseten, einen mündlichen Bericht darüber zu hören.

Sozialistische Studentengruppe

Kommenden Dienstag, 19. Mai, abends 8 Uhr, Gartenstraße 25 (Erdgeschoss) spricht Genosse Harter und Stadtrat Heinz Kapas (Karlsruhe) über das Thema: „Marxismus oder Nationalsozialismus“. Zu diesem Vortrage sind auch Gäste willkommen.

Arbeiterwohlfahrt

Die Genossinnen aller Bezirke werden auf heute Montag abend 8 Uhr zu einer wichtigen Besprechung in unsere Räume, Karl-Friedrich-Straße 22, 3. St., gebeten.

Bezirk Küppurt

Montag, 18. Mai, 20.30 Uhr, wichtige Auszubildung bei Gen. Kraus, Trismweg 9. Vollständig erscheinen!

Erwerbslose Jugend und Sozialdemokratie

Gen. Reichstagsabg. Marxum spricht am Dienstag, 19. Mai, in der Gehelshule, Hanbarbeitsaal. Gewerkschaftsjugend! Sportjugend! Erhebt in Massen!

Dereinsanzeiger

Karlsruhe. Sozialistische Studenten. Die Versammlung findet am Dienstag 19. d. M., 20 Uhr, im Versammlungssaal, Gartenstraße 25 (Erdgeschoss, Haus des B.M.), statt. Gen. Harter und Stadtrat Kapas sprechen über das Thema: „Marxismus — oder Nationalsozialismus?“ Eintritt frei. 4057

Chefredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Volpert, Prellaat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Regie Nachrichten: E. Straßmann, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neuland. Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendzeit, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Stiefele. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Schmittsche Wohnstadt in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei: Volksfreund und G.m.b.H. Karlsruhe

Alle Achtung... Es macht der deutsche Sanftmut alle Gäre, daß sie das wirklich Gute und Bredierere mit unerschütterlicher Sicherheit erkennt, denn das ist gar nicht so leicht. Von allen Seiten drängen die Anforderungen drüben auf sie ein: Preissteigerung, unerhörte Willkür, noch nie dagewesene niedrige Preise. Daß die moderne Frau sich aber kein A für ein U vormachen läßt und neben Preiswürdigkeit auch auf Qualität achtet, daß der ungewohnte Erfolg der neuen Margarine Sanfta angeht. Jeder Sanftkau ist binnen kurzem Sanfta wohlertraut geworden, da sie nicht nur zerknäh im Preise ist, sondern selbst die Ansprüche des verwöhnten Geschmackes erfüllt.

Gesunde weiße Zähne: Chlorodont Zahnpaste

Tube 54 Pf. und 90 Pf.

Pfingst-Verkauf

Unsere bekannten Qualitäten zu wirklich niedrigsten Preisen!

Wash-Kunstseide, Douppion, Bemberg-Georgette, Wollmuslin, Foulards, Flamingos, Seiden-Voile, Mantelstoffe

Herren-Artikel, Strümpfe, Bade-Artikel, Wäsche

DAMEN-MÄNTEL

6.75 13.75 19.75 29.75
39.75 49.75 59.— 69.—

10% Rabatt

wegen Wasserschaden auf größere Mengen Aussteuerwaren, Betten, Inletts, Drelle, Steppdecken, Matratzen, Schlaidecken, Wäsche, Stoffe, Waschstoffe, Damenwäsche, Bett-, Tisch- und Frotteer-Wäsche

MONTAG, DIENSTAG, MITTWOCH

KINDER-TAGE!

Jedes Kind erhält ein Geschenk



Die Kulturpolitik in den Gemeinden

Zu diesem Thema der bevorstehenden Gemeindevertreterkonferenzen empfehlen wir:

Kommentar zu den kommunalpolitischen Richtlinien der SPD.

von Paul Hirsch, Joh. Stelling, S. Katzenstein, Hedw. Wachenheim, Dr. Paul Hertz, Dr. K. Löwenstein u. a.

320 Seiten geb. RM. 6.75

VOLKSFREUND - BUCHHANDLUNG Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernsprecher 7020 und 7021

Gute Reise mit TEZZ Koffern!



Handkoffer aus fester Hartplatte, mit 2 guten Sprungschlössern, Packgurte und 8 Vulkanfibre-Schutzecken
55 60 65 70 75 cm
3.90 4.50 4.90 5.50 6.25

Handkoffer aus glatter „Echt Vulkan-Fibre“ mit Ledergriff, 2 guten Sprungschlössern u. Packgurte
55 60 65 70 75 cm
7.50 8.25 8.90 9.75 10.75

Eleganter Damenkoffer Vollrindleder in mod. Pressung, mit Deckel und Rücktasche
40 45 50 cm
12.75 15.75 18.75

Flotter Damenkoffer aus Kunstleder, mit gutem Satinfutter u. Deckeltasche
35 40 45 cm
4.90 5.90 6.90

Sportkoffer aus fester glatter Hartplatte, mit Metallrand, ringsum gesteppt, 2 Sprungschlössern und 8 Vulkanfibre-Schutzecken
35 40 cm
2.90 3.50

Hand-Schrankkoffer aus fester Hartplatte mit Stofffutter für 2 Anzüge und Abteil für Wäsche
16.75

Hand-Schrankkoffer aus Sperrplatte m. Daub überzogen, mit Stofffutter u. verschiedenen Fächern f. Wäsche
35.50

Texte für die Abbildungen:

Bunter Stoff in den neuesten Modifarben, 24 cm **2.90**

Rindleder mit moderner Buntmalerei, mit festem Goldbeutel und Spiegel **3.90**

Bast „die große Sommermode“ mit hübscher Auflage **4.90**

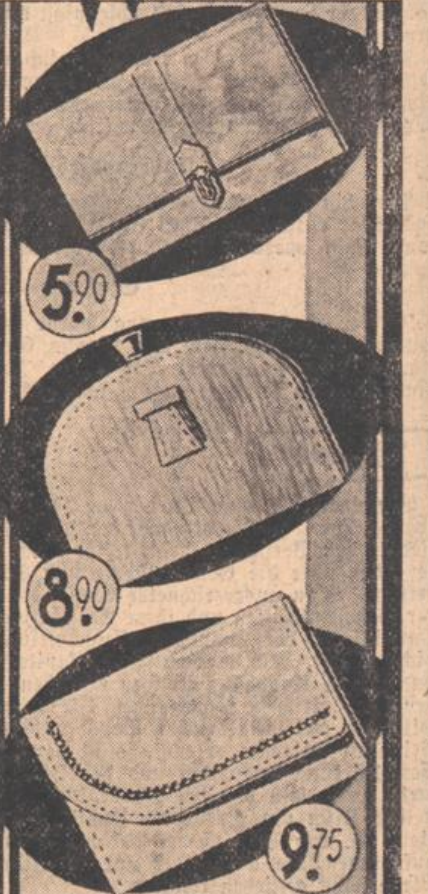
„Marmor“ Rindleder, solid verarb., m. Patentschloß **5.90**

Saffian „Elegante Neuheit“ **8.90**

Marmoriert Rindleder mit handgeflochtenem Rand und solidem Moireefutter **9.75**

Sporttasche „Marmor“, Voll-Rindleder, 24 cm **2.90**

Besuchstasche „Echt Chamäleon“ m. Rücken-tasche, 18 cm **8.90**



Rucksäcke

Segelleinen mit Rindlederriemen und Vortasche
f. Kinder f. Burschen f. Herren
35x35 45x45 50x55
1.25 2.90 5.90

Foto-Wettbewerb

Bilderaufnahme u. Bedingungen zum Wettbewerb in der Foto-Abteilung II. Etage

Stadt Sparkasse Karlsruhe



Hier sparst Du sicher!

Spare bei Zeiten und regelmäßig. — Du hast dann Vermögen, zumal bei heutiger Verzinsung. Verlaß Dich nicht auf fremde Hilfe oder leeres Gerede anderer.

Dienstag, den 19. Mai 1931, abends 8 1/4 Uhr

Vortragssaal Waldstraße 8

Oeffentlicher Vortrag

Dr. Hans Bächenbacher Stuttgart

Die Menschenseele und die geistige Welt

Anthroposophische Gesellschaft Zweig Karlsruhe I

Kostenbeitrag 1 RM.

Kostenbeitrag 1 RM.

Handelsregister-Einträge

1. A. und S. Fuhr, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, Die Firma ist geändert in Karlsruhe, Kaiserstraße Nr. 26, Gegenstand des Unternehmens ist künftig: Die Verwaltung des Anteils an der Gesellschaft in Karlsruhe, welches Eigentum der Gesellschaft ist und die Verwaltung der damit zusammenhängenden Geschäfte. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 16. April 1931 wurde der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich Firma und Gegenstand des Unternehmens geändert.

Zwangsv. Versteigerung

Dienstag, den 19. Mai 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in dem Saal der Stadtsparkasse in Karlsruhe, Kaiserstraße Nr. 26, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

Schlafzimmer

Wir haben ein erstklassiges, echt Birke poliertes Schlafzimmer im Antrage einer guten und schneidenden zu verkaufen. Das Zimmer besteht aus:

1. drei Garderobenschrank mit Innenregal, 23 für Kleider, 13 für Wäsche, besonders große Friseur-Toilette mit Schränkchen, 2 Bettstellen 100/200 cm, 2 Nachttische, 1 Handtuchhalter.

Es handelt sich um ein wirklich schönes, modernes und gutes Zimmer, für das zehn-jährige Garantie übernommen wird.

Da die Schreinerei das Geld dringend benötigen könnte, wird das Zimmer für nur **685,-** abgegeben. Sie haben hier eine außergewöhnlich günstige Einkaufsoption!

4067 **Nebl, Verlagsbuchhändler.**

Güterrechtsregister-Einträge

1. In Band II Seite 98: Weinger Karl Wilhelm, Raurer, Kaufmann und Elsbeth, Zimmermann. Vertrag vom 1. Mai 1931. Gütertrennung, 13. V. 31.

2. Seite 99: Scheuermann Alois, Dentist, Karlsruhe, und Anna geb. Baumann. Vertrag vom 2. April 1931. Gütertrennung, 15. V. 31.

3. Seite 100: Bollmann Ewald, Gastwirt, Karlsruhe und Berta geb. Wällich, Vertrag vom 31. März 1931. Gütertrennung, 16. V. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Uhren aller Art

Gebrauchte Weiser Weiser mit Ziffer für 10,- zu verkaufen. **Kaufstr. 24, II. r. 4069**

Leicht-Motorrad, 180 Watt zu verkaufen, guter Motor, Verfahr, Kaufstr. 11, 3. Et.

J. Geimann Eigenes Reparaturwerkstatt Zähringerstraße 30

Möbelhaus Carl Baum & Co. Erbprinzenstraße 30 Kein Laden. Ständiges Lager über 100 Zimm. u. Küchen.

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Frau Luise Göhring Wwe.
im Alter von nahezu 88 Jahren am 16. Mai 1931 im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Karl Göhring.

Beerdigung: Dienstag, 19. Mai 1931, nachmittags 2 Uhr, Friedhofkapelle. Trauerhaus: Hennebergstr. 19

Touristen-Verein Die Naturfreunde Ortsgruppe Karlsruhe

Todes-Anzeige

Unsere Mitglieder machen wir die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied

Ella Schneider
gestorben ist. 4064 Die Feuerbestattung findet am Montag, 18. Mai. nachm. 1/4 Uhr statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Die Vereinsleitung

Kapok-Matratzen

aus bestem Kapok in gutem Urell

M. Kachur, Kaiserstraße 19. 72.- 58.- 48.-

Badisches Landestheater

Rontag, 18. Mai
Volksbühne
Vorstellung
Der

Hauptmann von Köpenick

Ein deutsches Märchen von Carl Hauptmann
Regie: Dr. Baag
Mitwirkende: Gernath, Genter, Jant, Rademacher, Sellina, Müller, Zuber, Wehner, Müller, Fräter, Schulze, b. d. Trend, Arras, Eich, Grimm, Köhler, Kilian, Kleinhub, Lindemann, Vager, Reher, Nagel, Weidinger, Ribinius, Seibert, Schmitt, S. Müller, Rintler.

Uhrzeit 19.30 Uhr Ende 22.30 Uhr
Preise A (0.70—5.00) 4063

Die 19. Uraufführung: Don Juan. Dienstag, 20. 5. 7. Jar und Zimmermann. Do. 21. 5. Zum ersten Mal: Sorunterführung. Fr. 22. 5. Julius Caesar. Sa. 23. 5. Der Hauptmann von Köpenick. So. 24. 5. Die Weisheitlinger von Nürnberg. Im Konzerthaus. Meine Frau, das Fräulein.

Stadtpark

Dienstag, 19. Mai, von 20—22 1/2 Uhr:

Erst. Abendkonzert

ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung von Musikdirektor Emil Gergang für die Abendkonzerte gelten die ermäßigten Eintrittspreise u. zwar Nichtabonnenten: Erwachsene 40 Pf., Abonnent - Erwachsene 20 Pf. 1032

Speisezimmer

Wäget, eide gebrist, 180 cm mit Wärmehaube, Unterstell runde Fußbaumen, gebog. Fußbaumstütze u. Schrank dazu passende Kredenz nur **395.-** (Gute Arbeit)

möbel-Krämer

Karlsruhe, Kaiserstr. 30 über 100 qd erhält.

Maß-Anzüge Mäntel, Überz.

u. Park, von Schwab, Smoting- u. Gutawanzige, Hosen, Joppen, neu u. geb., sowie Gelegenheitskost. neue, in Qualität.

Anzüge u. Mäntel

ausgezeichnet, gut erhalten, billig abzugeben. Anfr. unt. W 698 a d. Volksfr.

Stadtpark

Dienstag, 19. Mai, von 20—22 1/2 Uhr:

Erst. Abendkonzert

ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung von Musikdirektor Emil Gergang für die Abendkonzerte gelten die ermäßigten Eintrittspreise u. zwar Nichtabonnenten: Erwachsene 40 Pf., Abonnent - Erwachsene 20 Pf. 1032

Stadtpark

Dienstag, 19. Mai, von 20—22 1/2 Uhr:

Erst. Abendkonzert

ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung von Musikdirektor Emil Gergang für die Abendkonzerte gelten die ermäßigten Eintrittspreise u. zwar Nichtabonnenten: Erwachsene 40 Pf., Abonnent - Erwachsene 20 Pf. 1032

ALLE Farben u. Lacke FÜR DEN Hausgebrauch

GUT u. PREISWERT IM Farbenhaus Weststadt KÖRNERSTRASSE 42 ECKE SOFIESTRASSE

Zwangsv. Versteigerung

Dienstag, den 19. Mai 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Saal der Stadtsparkasse, Kaiserstraße Nr. 26, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

1. Speiseiswagen, 3 Plätze, 1 Kaffeegebräu, 1 Sofa, 2 Ruhebetten, 3 Dreieckschische u. Schrank, 1 Damenrad, 1 Klavier, 2 elektr. Stuhl Lampen, 2 Stühlen, 1 elektr. Grammo. 36 Platten, 1 Kreden, 1 Weisheitswagen, 1 Jap. Tisch, 1 Maschine, 2 Bilder, 1 Rauchschiff, 1 Tafelkloster, 3 Leichtstrommotoren, 1 Vertigo, 2 Handwagen, 30cm Aufschraub, 1 Rotenkrant, 1 Klavier, 2 Fernschreiber, 4066

Karlsruhe, 16. Mai 31. **Nebl, Verlagsbuchhändler.**

Zwangsv. Versteigerung

Dienstag, 19. Mai 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in dem Saal der Stadtsparkasse in Karlsruhe, Kaiserstraße Nr. 26, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich veräußern:

1. Schrankgrammophon, 2 Schränke, 1 Sivan, 1 Kommode, 2 Nähmaschinen, 1 Sofa, 1 Vertigo, 1 Tisch, 1 Bild, 1 Kasten, 1 Standuhr, 1 Schreibtisch, 1 Rührschiff, ein Schreibschiff, 1 Sofa, 1 Schrank, 1 Schrank (stür.), 1 Nähmaschine, 2 Teppichmatten, 2 Koffergrammophone, 18 Bretter, 18 Scherenschnitten, 1 Schreibschiff, 1 Sofa, 1 elektr. Schreibapparat, 1 Freizeitspiel, Karlsruhe, 16. Mai 1931. **Burger, Gerichtsvollzieher.**

Windjacken

wegen Aufgabe des Artikels zu Einkaufspreisen

Daniels Kontektions-Haus

Wilhelmstr. 36, 1 Tr. Ratenkaufabkommen.

Wichtig! Betten

Wichtig! Betten, mit verstelltem Gestell, bill. abgeben b. **Wid. Ziegler, DURLACH, Kaiserstraße 29, 2. Et.**

Gaggenauer Anzeigen

Förderung des Obfräuleins. Der Raumbedarf auf der Gemarkung Gaggenau vergrößert dieses Jahr eine angemessene Größe. Anzule Durchführung der Schaltungsbestimmung schon vor der Abreise sind verhältnismäßig wenig Schaltungen jetzt aufzutreten, insbesondere ist der Abblüttenbedarf recht hoch. Die Weiser dürfen aber jetzt nicht säumig sein und müssen selbst mitwirken, um die in Aussicht stehende Größe zu erhalten. Als wichtigste Arbeit ist dabei die Entfernung der Weiser der Reihgürtel, die von jüngeren Weisern dies jetzt noch an den Säumen geblieben sind. Durch das Vorhandensein der Reihgürtel kommt es nicht selten vor, daß die Weiser des Reihgürtels auf dem Reihgürtel oder unterhalb des Reihgürtels vorhanden sind. Zutreffendfalls wären diese abzutragen und ebenfalls zu entfernen, damit sie nicht nach der Weiser wandern und dort den bekannten Schaden verursachen. Sofern von Weisern an ihren Säumen Schaltungsanordnungen bemerkt werden, wäre dies dem Reihgürtel- und Baumwart Weisler sofort mitzuteilen.

Gaggenauer Anzeigen

Förderung des Obfräuleins. Der Raumbedarf auf der Gemarkung Gaggenau vergrößert dieses Jahr eine angemessene Größe. Anzule Durchführung der Schaltungsbestimmung schon vor der Abreise sind verhältnismäßig wenig Schaltungen jetzt aufzutreten, insbesondere ist der Abblüttenbedarf recht hoch. Die Weiser dürfen aber jetzt nicht säumig sein und müssen selbst mitwirken, um die in Aussicht stehende Größe zu erhalten. Als wichtigste Arbeit ist dabei die Entfernung der Weiser der Reihgürtel, die von jüngeren Weisern dies jetzt noch an den Säumen geblieben sind. Durch das Vorhandensein der Reihgürtel kommt es nicht selten vor, daß die Weiser des Reihgürtels auf dem Reihgürtel oder unterhalb des Reihgürtels vorhanden sind. Zutreffendfalls wären diese abzutragen und ebenfalls zu entfernen, damit sie nicht nach der Weiser wandern und dort den bekannten Schaden verursachen. Sofern von Weisern an ihren Säumen Schaltungsanordnungen bemerkt werden, wäre dies dem Reihgürtel- und Baumwart Weisler sofort mitzuteilen.